

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtpostkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einschluss 90 Pf. Grundgebühr auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Veilage, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. S. Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 63

Dresden, Montag, 16. März

1925

Die Reichspräsidentenwahl.

Dr. Feld als 6. Kandidat.

München, 14. März.

Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei billigte einstimmig die Haltung der Unterhändler der Partei bei den Verhandlungen in Berlin zwecks Aufstellung eines bürgerlichen Sammellistenkandidaten für das Amt des Reichspräsidenten. Er nahm mit Bedauern davon Kenntnis, daß in letzter Stunde die ausgedehnten Verhandlungen scheiterten.

Zu die jetzt aufgestellten Kandidaten im Augenblick zu dem Gedanken einer Sammellistenkandidatur ständen. In der Sache der Bayerischen Volkspartei nicht in der Lage, den Wählern der Partei einen der bereits bekannten Kandidaten zur Wahl zu empfehlen. Andererseits müsse auch Stimmhaltung vermieden werden, da diese Verleugung der abgegebenen Stimmen einer Forderung der Kandidatur ausgesprochen hätte gerichteter Gegner der Bayerischen Volkspartei gleichkommen würde. Unter diesen Umständen beschloß der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei einstimmig als Kandidaten den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Feld aufzustellen.

Die Aufstufungsverklärung des im Landesauschuss anwesenden Ministerpräsidenten Dr. Feld wurde mit stürmischem langandauerndem Beifall aufgenommen.

Der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund wartet ab.

München, 15. März.

Die hier abgehaltene Landesvorstandssitzung des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes beschäftigte sich u. a. auch mit der Frage der Reichspräsidentenwahl. Nach längerer Verhandlung wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Landesvorstand des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes bedauert es lebhaft, daß es wieder einmal in einem ausschlaggebenden Augenblick nicht gelungen ist, die Zusammenfassung aller bürgerlichen Parteien zu erreichen. Was die Haltung der Partei zu den bereits nominierten Kandidaten betrifft, so ist der Landesvorstand zu folgendem Beschlusse gekommen:

Die Unterstützung der Kandidatur der Linken kommt für den Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund nicht in Frage. Der Landesvorstand hat es aber auch abgelehnt, die Wahl des Kandidaten der Rechtsparteien seinen Mitgliedern und Anhängern zu empfehlen.

Welchen Kandidaten die Parteileitung ihnen vorschlagen wird, hängt von der Entscheidung ab, die die Fraktionsversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung trifft, die am nächsten Dienstag in Berlin stattfindet.

Ludendorff als völkischer Kandidat?

München, 16. März.

Hilfer fordert im „Völk. Kurier“ die Aufstellung eines völkischen Kandidaten. In dem sich der Freiheitliche des deutschen Volkes verheißt. Weiter hat Ludendorff im Organ Hilfers eine Rundgebung veröffentlicht, in der er seine ganze Kraft für das Volk- und Staatswohl zur Verfügung stellt. Hilfer selbst hat alle bisher genannten Kandidaturen, auch die von Jurek, schärf abgelehnt. Die offizielle Aufstellung Ludendorffs als völkischer Kandidat der Völkischen steht unmittelbar bevor.

Englische Ratschläge an Polen.

Freiwillige Rückgabe des Korridors und Oberschlesiens?

London, 16. März.

Der „Observer“ führt in einem Leitartikel aus, jeder Rückblick auf die Geschichte der letzten Zeit bilde eine Warnung für die Regierungen des Versailler Vertrages, sich vor dem Glauben zu hüten, daß Gewalt das geeignete Mittel sei, ihn aufrecht zu erhalten. All das, was am Verträge gut und richtig sei, werde durch seine Fehler und Unzweckigkeiten gefährdet.

Die Beseitigung dieser Fehler sei wesentlich für die Konsolidierung Osteuropas.

Der Rat, den man als Freund Polens diesem Lande erteilen müsse, sei der, daß es ein todbringendes Geschenk erhalten habe in Gestalt des Grenzlinien, die geeignet seien, gerade im Augenblick der Wiedergeburt Polens die gemeinsame ver-

hängnisvolle Gegnerschaft Deutschlands und Rußlands wieder zu beleben. Kein Freund Polens könne besseren Rat geben als den, der Deutschland nach 1871 wiederholt erteilt wurde, nämlich zu erwägen, ob die territoriale Regelung wirklich gut sei.

Der diplomatische Berichterstatter des „Cö-

sewer“ schreibt zur morgigen Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Herriot, die entscheidende Frage sei, ob Frankreich zustimmen werde, daß ein Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands gemacht werde. Ein Argument zugunsten dieses Vorschlags, das Chamberlain vermutlich vorbringen werde, falls er eine ungünstige Antwort vorbringe, werde sein,

daß Polen auf die Dauer einen vorteilhafteren Handel machen werde, wenn es Deutschland den Korridor und den jetzt Polen zugewiesenen Teil Oberschlesiens zurückgeben würde. Unter den jetzigen Verhältnissen lebe Polen auf einem Sackgasse. Wenn es den Preis zahle, der allein den Sicherheitspakt ermöglichte, dann werde Polen selbst Sicherheit haben, und zweifellos eingeladen werden, sich mit Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Belgien, Italien und der Tschechoslowakei am Volk zu beteiligen. Dies seien offenbar die Richtlinien, die für Chamberlains Politik maßgebend sein würden.

Deutsch-feindliche Rundgebungen in Polen.

Kattowitz, 16. März.

Während in Kattowitz, Wuhau und Tarnow große deutschfeindliche Rundgebungen gegen eine Änderung der Weltgrenze Polens statt. Die Wuhau-Direction hatte Sonderzüge eingeleitet. Es wurden aufreizende Reden gehalten, in denen verlangt wurde, die Deutschen, wenn nötig mit Gewalt, aus Polen zu entfernen. In einem Demonstrationzuge wurde ein Wagen mitgeführt, in dem eine lebensgroße Puppe in deutscher Uniform aufgestellt war. Nach Schluß der Reden ging die mehrtausendköpfige Menge unter Schreien auf die Deutschen und auf Englands Verhalten im Völkerbund an. In Kattowitz ist es nicht gekommen.

Warschau, 16. März.

Wegen der angeblichen Gefahr einer deutsch-polnischen Grenzberührung zugunsten Polens hatte der Warschauer Magistrat gestern eine große Rundgebung für die Unverletzlichkeit des polnischen Staatses einberufen. Die Demonstration, an der sich mehrere tausend Personen beteiligten, fand mittags auf dem Theaterplatz statt. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte, niemand im Lande würde sich bereitfinden, auch nur einen Fußbreit Boden gutwillig herauszugeben. Die Absicht eines starken Trupps Demonstrationen vor der englischen Gesandtschaft eine feindliche Rundgebung zu veranstalten, wurde von der Polizei vereitelt. Vor der deutschen Gesandtschaft blieb alles ruhig.

Ein kommunistischer Demonstration erschaffen.

Berlin, 16. März.

In einer Mitteilung der Nachrichtenstelle des Polizeipräsidiums heißt es: Am Sonntag nachmittags passierte ein Zug von etwa 450 kommunistischen Demonstrationen den Hermannplatz in West-Berlin. Sie brachten einen Straßenbahnwagen, der den Zug durchfahren sollte, gewaltsam zum Halten. Ein Demonstration schlug mit der Weichenstellung auf den Führer ein. Die Verkehrsposten der Schutzpolizei versuchten, den Täter zu verhaften. Der Festgenommene wurde ihnen aber von den Demonstrationen wieder entzogen. Ein zu Hilfe eilender Schutzpolizist wurde ebenfalls von der Menge angegriffen und zu Boden geworfen. In höherer Bedrängnis gab nun ein zufällig im Ziel des Weges kommender Polizeibeamter, der seinen gefährdeten Kameraden beigesteuert war, Schreie ab. Außerdem fielen auch Schüsse aus der Menge. Hierbei wurde einer der beim Angriff auf die Weichen hauptsächlich beteiligten Demonstrationen durch einen Oberleutnant getroffen. Er starb kurz darauf nach der Einlieferung ins Krankenhaus infolge Verblutung. Schließlich gelang es dem alarmierten Überfallkommando, die Menge durch gütliches Zureden zum Aufbruch zu bewegen.

Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

Die Antwort des Völkerbundrates auf das deutsche Memorandum.

Genf, 15. März.

Der Völkerbundrat hat gestern nachmittag debattiert beschlossen, folgendes in wesentlichen von dem spanischen Mitglied Quinones de Leon entworfenes Schreiben an die deutsche Regierung zu richten:

Der Völkerbundrat hat mit besonderer Aufmerksamkeit die Mitteilung der Deutschen Regierung vom 12. 12. 1924 betreffend den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geprüft. Der Rat hat mit Genehmigung von dem am Beginn des Briefes stehenden Erklärungen Kenntnis genommen:

„Die Deutsche Regierung glaubt, daß die politische Entwicklung des letzten Jahres die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eröffnet hat“

sowie von der Absicht, die die Deutsche Regierung in ihrer Denkschrift anzeigt:

„den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anzustreben.“

Die Deutsche Regierung hat bereits die zehn im Völkerbundrat vertretenen Regierungen befragt und von ihnen begründete Antworten erhalten. Der Rat, der sich aus den Vertretern dieser sämtlichen Regierungen zusammensetzt, kann keine Bemerkung formulieren, die mit diesen Antworten im Widerspruch stünde; daher freut es ihn zu hören, daß die der Deutschen Regierung übergebenen Antworten dieser alle bestmöglich erscheinen. Der Rat bemerkt, daß die Deutsche Regierung hinsichtlich der Bedingungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund einzutreten wünscht, auf jede Absicht verzichtet, „besondere Vergünstigungen für Deutschland zu fordern“, aber daß sie erwartet, daß dieser Eintritt sich auf dem Fuße der Gleichberechtigung vollziehen wird.

Der Rat stellt fest, daß die zehn befragten Regierungen mit dieser Bedingung vollständig einverstanden sind. Auch er hält den Grundsatz der Gleichberechtigung, der sowohl gleiche Pflichten wie auch gleiche Rechte für alle bedingt, für eines der wesentlichsten Elemente des Völkerbundes.

Gleichzeitig glaubt er die Bemerkung machen zu müssen, daß dieser Grundsatz wichtige Folgen für die besondere Frage bedingt, welche die Deutsche Regierung in Bezug auf Artikel 16 des Völkerbundpaktes aufweist. Deutsch-

land verlangt lediglich im Hinblick auf diesen Artikel eine Ausnahmebestimmung; aber dieser Artikel ist von grundlegender Bedeutung für die Verfassung des Völkerbundes; denn er betont zum großen Teil die Garantien, die alle Völkerbundmitglieder genießen und die Verantwortlichkeit, die sie übernehmen. Bei der Debatte über diesen Standpunkt zu dieser Frage lenkt die Deutsche Regierung die Aufmerksamkeit auf die militärische durch den Vertrag von Versailles geschaffene Lage Deutschlands hin. Sie spricht die Befürchtung aus, daß im Falle, wo die im Artikel 16 vorgesehenen Maßnahmen zum Ausdruck von Feindseligkeiten führen würden, Deutschland nicht in der Lage wäre, sein Gebiet gegen eine militärische Invasion zu schützen. Die Deutsche Regierung fügt hinzu, daß nach ihrer Ansicht es nur einen Ausweg aus der schwierigen Lage gibt, in der sie sich befindet: „man wird Deutschland für den Fall von internationalen Konflikten die Möglichkeit lassen müssen, das Ausmaß seiner aktiven Teilnahme selbst zu bestimmen.“ An einer anderen Stelle opponiert die Deutsche Regierung dagegen, daß Deutschland gezwungen wäre, „auf die Realität zu verzichten“,

wenn es in den Völkerbund eintritt. Der Rat hält es für angezeigt, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen,

daß Art und Bedeutung der effektiven Teilnahme der Völkerbundstaaten an militärischen, dem Völkerbund in Ausführung des Paktes unternommen Operationen notwendigerweise mit ihrer militärischen Lage variieren. Nach der Bestimmungen des Paktes hat der Völkerbundrat die Verpflichtung, die militärischen, maritimen und Luftstreitkräfte zu empfehlen, mit denen die Völkerbundmitglieder zu der bewaffneten Macht beitragen werden, die den Verpflichtungen des Völkerbundes nachsicht verschaffen soll. Es wird Deutschland selbst zu raten, zu sagen, bis zu welchem Grade es in der Lage wäre, den Empfehlungen des Völkerbundrates zu entsprechen. Der Rat erinnert außerdem die Deutsche Regierung daran, daß ein Mitglied des Völkerbundes und des Völkerbundrates immer an der entscheidenden Entscheidung über die Anwendung der Grundsätze des Paktes teilnehmen würde.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Maßnahmen bestimmen die Völkerbundstaaten selbst getrennt oder unter vorheriger Verständigung die realen Maßnahmen zur Durchführung der allgemeinen Verpflichtungen, die sie übernommen haben. Immerhin lassen die Bestimmungen des Paktes es nicht zu, daß, wenn eine Aktion kraft Artikel 16 unternommen wird, jeder einzelne Völkerbundstaat getrennt darüber entscheidet, ob er daran teilnehmen darf.

Der Rat hält es für seine Verpflichtung, offen seine Meinung dahin auszusprechen, daß jeder Vorbehalt in dieser Richtung geächtet wäre, die Grundlage des Völkerbundes zu untergraben, und mit der Lage eines Völkerbundmitgliedes unvereinbar wäre.

Es scheint dem Rat unumwunden, daß ein Mitglied des Völkerbundes und des Rates im Falle von Operationen gegen einen Staat, der den Pakt verletzt hat, eine Stellung behält, die für seine Staatsangehörigen die Freiheit lassen würde, sich den allgemeinen Verpflichtungen, die der Pakt auferlegt, zu entziehen. Es ist kaum notwendig, darauf hinzuweisen, daß andere Länder, deren militärische Kräfte durch die Bestimmungen der bestehenden Verträge ebenfalls eingeschränkt worden sind, bei ihrem Eintritt in den Völkerbund den Pakt ohne Vorbehalt angenommen haben. Der Rat hofft, daß diese Bemerkungen dazu beitragen werden, die Haltung seiner Mitglieder gegenüber den von der Deutschen Regierung aufgeworfenen Fragen zu erklären. Die allgemeinen Bedingungen für die Aufnahme neuer Mitglieder sind in Artikel 1 des Völkerbundpaktes niedergelegt, und die Entscheidung in dieser Frage steht kraft dieses Artikels der Völkerbundversammlung zu, die bereits wiederholt ihren Wunsch nach Universalität des Völkerbundes ausgesprochen hat. Allein durch eine aktive Mitarbeit an den Arbeiten des Völkerbundes in der Eigenschaft als Mitglied kann ein Land seinen berechtigten Teil Einfluß auf die Entscheidungen des Völkerbundes erlangen. Entscheidungen, die nie verfehlen, wichtige Folgen zu haben.

Der Rat wünscht schließlich Deutschland gegenüber den aufrichtigen Wunsch auszusprechen, es an den Völkerbundarbeiten beteiligt zu sehen und so für die Organisation des Friedens die Rolle zu spielen, die seiner Lage in der Welt entspricht.

Die Schießerei in Halle.

Weglin, 14. März. Der Amliche Vorzügliche Postbesuch stellt mit: Durch die bisherigen Ermittlungen über den...

In der kommunistischen Wahlversammlung, die von etwa 2000 Teilnehmern besucht war, hat un-

Von dem Regierungspräsidenten in Reflexion ist im Besonderen mit der Staatsanwaltschaft und den...

9 Tote.

Halle, 16. März. Die Zahl der Todesopfer bei der Schießerei im Volkspark hat sich auf neun erhöht. Ein weiterer Fall ist hoffnungslos.

Rücktrittsgesuch Thugutt's.

Warschau, 16. März. Der Vizepräsident Stanislaus Thugutt hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Ministerpräsident Brzinski hat sich zwei Tage Bedenkzeit für seine Entscheidung vorbehalten.

„Der wahre Jakob“.

Erstaufführung im Neuhärdter Schauspielhaus.

Die Schwanfama Arnold und Bach hat sich offenbar das Ziel gesetzt, die letzten Worte für das gute deutsche Lustspiel zu liefern, das und noch immer fehlt. Und man muß sagen, daß sie sich dieser Konvention mit einer gewissen Gewandtheit unterziehen.

Waz Meiß weiß als Spielleiter betragte Geduld fähig und teilungsfähig herauszubringen. Und als Kommandant von Pfeilenbach, der sich im Einverständnis an der Spitze so über-

Der Eisenbahnerstreik.

Berlin, 16. März.

Eine Besammlung der Reichsbahnen Eisenbahner in Groß-Berlin nahm gestern zum Schiedsrichter Stellung. Der Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes...

Die Besammlung nahm eine Entschließung an, in der die Ablehnung des Schieds-

Die Entscheidung des Eisenbahnerverbandes fällt Montag.

Nach einer Mitteilung des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes werden die...

Technische Nothilfe eingeseht.

Im Laufe des heutigen Tages wurde die Technische Nothilfe in erweitertem...

Der Streik hat sich inzwischen auf wichtige Eisenbahnbetriebswerke Berlins ausgedehnt. Es wurde eine große Anzahl...

Der Tscheka-Prozess.

In der Sonnabend-Sitzung des Tscheka-Prozesses wurde von Kriminalkommissar Heller...

bedinglich 10 700 Arbeiter von der gesamten...

Staub des Streiks im Bezirk Dresden.

Zu Eisenbahnerstreik ist keine Veränderung eingetreten. Trotz der unglücklichen Witterung...

Die Stellung der Streikenden.

In einer Besammlung der Reichsbahnen Eisenbahner am 15. März wurde nach eingehender Aussprache einstimmig beschlossen...

Erhöhung der Personentaxi.

In gemeindefreien Kreisen steht man auf dem Standpunkt, daß die Erhöhung des Stunden-

Junge Heller: Nachdem ich erfahren hatte, daß die Schipowa Angehörige der russischen...

daß Stoblewski tatsächlich in der Woiwatsch gewesen habe.

Über die Quellen, aus denen er das erfahren habe, verweigert der Beamte die Auskunft, da dies unter das Amtsgeheimnis falle...

Unter Aufsicht des Öffentlichen

erfolgen. Vom Angeklagten Maxey Schumber der Beuge...

Der Ausbau des Kontrollrechts des Völkerbundes über Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien.

Zu den verschiedenen Fragen zum Ausbau des Kontrollrechtes des Völkerbundes über Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien hat der Völkerbund...

Der Kulturkampf im Elß.

Die Präfektur und die Bürgermeisterei haben durch Anschläge die Bevölkerung...

„Der wahre Jakob“.

Über den Erfolg der Aufführung im Neuhärdter Schauspielhaus.

Der Tscheka-Prozess.

Zusätzliche Informationen zum Tscheka-Prozess.

Der Eisenbahnerstreik.

Staub des Streiks im Bezirk Dresden. Die Stellung der Streikenden.

Die Entscheidung des Eisenbahnerverbandes fällt Montag.

Technische Nothilfe eingeseht. Der Streik hat sich inzwischen auf wichtige Eisenbahnbetriebswerke Berlins ausgedehnt.

Der Tscheka-Prozess.

daß Stoblewski tatsächlich in der Woiwatsch gewesen habe. Über die Quellen, aus denen er das erfahren habe, verweigert der Beamte die Auskunft.

Der Kulturkampf im Elß.

Die Präfektur und die Bürgermeisterei haben durch Anschläge die Bevölkerung...

Der Rothardt-Prozess

Hagbeurg, 14. März.

Als erster Zeuge wird Sigislangier a. D. v. Payer

genommen. Er erklärt: Ich habe bei keinem der anderen Herren, mit denen ich im Kriege zu tun hatte, mehr Vaterlandsliebe gefunden, als bei Oberl. Er und Scheidemann

berieten mir am 31. Januar, Ursache des Streiks sei nicht nur die Frage von Lohn, sondern auch die schlechte Ernährungslage gewesen.

Sie waren dann der Meinung beigetreten, um zu vermeiden, daß der Streik sich weiter ausbreite, und um beruhigend auf die Massen einzuwirken.

Sie wollten zu einer Verständigung kommen. Nachdem sie die Streikleitung soweit gedrückt hatten, daß eine Delegation zum Reichstagsminister geschickt werden sollte, habe dieser ihnen einen Streik durch die Rechnung gemacht.

Waltraf habe es abgelehnt, sie zu empfangen. Die Sache ist schließlich nicht in meinem Sinne erledigt worden. Der Reichstagsminister wollte die Versammlungsfreiheit nicht gewähren.

Rechtsanwalt Martin: Ist es richtig, daß kurz vor der Annahme der Friedensresolution im Reichstag eine Delegation der Frontkämpfer mit den Herren von der Regierung

zusammenkam und daß bei dieser Gelegenheit Oberl. und Scheidemann angeboten haben, wenn die Freierklärung der Friedensresolution nicht zustimmt, würden die Sozialdemokraten die Kriegskredite nicht mehr bewilligen?

Zeuge v. Payer: Ich erinnere mich wohl der Zusammenkunft, aber ich glaube nicht, daß eine solche Erklärung von den Sozialdemokraten ausgesprochen worden ist.

Das was ich schließlich in meinem Gedächtnis haben möchte.

Hg. Scheidemann schlägt die Darstellung des Zeugen a. Payer an und berichtet weiter, im Interfraktionellen Ausschuss habe Stresemann die Sozialdemokraten

wegen ihres Eintrits in die Streikleitung interpelliert und die Frage aufgeworfen, ob man mit ihnen im Ausschuss noch weiter zusammenarbeiten könne.

Nach einer Darstellung der Gründe für die Haltung der Sozialdemokratischen Partei habe der Ausschuss über das Vorgehen des Reichsbrotbundes

beschlossen. Bei der Zusammenkunft mit der Deutschen Delegation im Garten des Reichstags des Innern habe

sein Sozialdemokrat mit der Betwässerung der Kriegskredite gedroht.

Hg. Dittmann wird dann vernommen. Er war 1918 Vorstandsmitglied der U. S. P. D. Er befindet sich: Auch die unabhängigen Sozialdemokraten haben

den Standpunkt der Landbesitzer eingegenommen. Wenn sie später die Kriegskredite ablehnten, so geschah das aus der Überzeugung heraus,

daß die Oberste Deckerstellung sich nicht auf einen Verteilungskrieg beschränken, sondern einen Erwerbungsrieg führen sollte.

Die Unabhängigen wollten dagegen einen Verteilungskrieg ohne Annexionen. Der Streik sollte erst nur ein politischer Demonstrationstreik sein und der Regierung zeigen, wie die Arbeiter zur Politik der Regierung

standen. Die Arbeiter rechneten, wie sie später sahen, zunächst auch nur mit einer Streikdauer von zwei bis drei Tagen.

Nur durch die ablehnende Haltung Waltrafs, mit dem Reichstagen zu verhandeln, konnte sich die Bewegung auf sechs oder sieben Tage ausdehnen.

Dann wird als Zeuge der Reichstagsabgeordnete Waltraf vernommen, der damals Staatssekretär des Innern war.

Zur Treptower Bescheinigung belaubt der Zeuge: Als ich auf der Waise ankam, war schon eine große Volksmenge dort versammelt, zu der Oberl. von einer Wäsche herab sprach.

Erwies sich als ein Mann, der mich nicht aufpassen ließ. Sie lautete so, wie sie nach Oberl. Einstellung zu erwarten war. Von seinen Anhängern bekam er

Beifall, bei unseren Unabhängigen fand er Widerspruch. Auch Jansse ließ gemacht werden.

Zur Nichtbefolgung von Bescheinigungsbefehlen haben nicht einmal vier Unabhängigen aufgeführt. Es ist unmöglich, daß Oberl. eine derartige Äußerung getan hat.

Die Verhandlung wird auf Montag vertagt.

Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Reichstags-Ausschuss. Schluß der Freitag-Verhandlung.

Die Vernehmung des früheren Wirtschaftsministers Robert Schmidt bildete den Schluß der Freitagssitzung.

Der Zeuge erklärte, zur Zeit seiner Ministerzeit hätte man jedes Angebot von Lebensmitteln vom Ausland angenommen; auch wenn es von nicht ganz einwandfreien Deuten kam.

Es wurde überall gehandelt, was das Zeug hielt. Barmer habe wohl damals schon Lebensmittel nach Deutschland eingeführt.

Er habe ihm wegen seiner Ausdrucksweise mißfallen. Barmer habe sich aber dadurch verdient gemacht, daß er die in Holland lagernden deutschen Lebensmittel trotz des Hafnarbeiterstreiks befristete.

Sämtliche Reichshellen seien von einem gemeinsamen Regierungsausschuss geprüft worden, dem auch die Abgeordneten Schiele, Dietrich und Emminger angehört hätten.

An keiner Stelle des umfangreichen Revisionsprotokolls sei von Barmer die Rede, ein Beweis dafür, daß niemand etwas Bedenklisches gefunden habe.

Persönlichen Verkehr mit Barmer habe er ebenso wie mit allen anderen Geschäftsleuten und Lieferanten der Reichshellen grundsätzlich vermieden.

Zu Unternehmungsausschuss des Reichstags wurde heute zuerst der kommunistische Abgeordnete Roemer vernommen.

Er gab von seiner Darlehnsaffäre die schon bekannte Darstellung. Die 600 bis 600 Goldmark seien in Papiermark zurückgezahlt — eine Leistung, darüber erwiderte nicht.

Er habe alle weiteren Anknüpfungspunkte und Absetzungen der Barmer's abgelehnt.

Bei der Vernehmung des Reichswirtschaftsministers a. D. Hg. Schmidt kommt es zu einem stürmischen Zwischenfall.

Bei der Erwiderung der Frage, ob Barmer im Reichswirtschaftsministerium benannt worden sei, verweist der Hg. Schmidt den Zeugen zu unterstellen, daß er sich am Freitag dahin geäußert habe,

Barmer solle bevorzugt werden. Hg. Schmidt stellt in großer Erregung fest, er habe ausgesagt, daß nach seinen Anordnungen alle Lieferanten gleichmäßig behandelt werden sollten.

Er nennt den Hg. Schmidt „Die Augenweide!“ Der Vorsitzende rügt das Wort, stellt aber auch fest, daß Hg. Schmidt am Freitag ganz eindeutig erklärt habe, daß

alle Lieferanten gleichmäßig behandelt werden sollten. Die Vernehmung der Zeugen Kaufmann Hartwig und Fuhrmann ergibt, daß ein Propagandaausschuss für soziale Aufklärung, dem Herr Hartwig für den Fall, daß er für die Reichshellen liefern könne, eine Beteiligung zugesichert hat

das Geschäft kam aber nicht zustande, mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hatte; die Sozialdemokratische Partei hat, wie die

Partei, bei unseren Unabhängigen fand er Widerspruch. Auch Jansse ließ gemacht werden.

Zur Nichtbefolgung von Bescheinigungsbefehlen haben nicht einmal vier Unabhängigen aufgeführt. Es ist unmöglich, daß Oberl. eine derartige Äußerung getan hat.

Die Verhandlung wird auf Montag vertagt.

Der Landtagauschuss. Das Wesentlichste der Verhandlung war die erneute Vernehmung des Hg. Bauer.

Der Zeuge erklärt auf die Frage, ob in den Konten einer der Barmer-Banken sich ein Konto für Hg. Bauer in Höhe von 363.000 M. befindet:

Ich habe niemals ein Konto bei einer Barmer-Bank gehabt. Die Bücher müssen ergeben, daß ich mit keiner der Banken in Beziehung gestanden habe.

Weiter sagt der Zeuge: Ich habe einmal Barmer 3000 Gulden zur Verwaltung übergeben, welche er verzinsen sollte.

Später habe ich Geschäfte mit Barmer und Bekannten vermittelt, wofür mir 10 Prozent Provision angeboten wurden.

Später habe ich Geschäfte gemacht, die mir aber große Verluste eintrugen. Jedenfalls kann ich betonen, daß ich von Herrn Barmer

absolut keine Vorteile gehabt habe. Er hat mit mein Geld, die Provisionen und Zinsen gezahlt, und zwar 5 Prozent pro Monat.

Später habe ich alle Beziehungen zu Barmer gelöst. Vorher wurde Ministerialrat Egbring, früher unter Herms im Ernährungsministerium, darüber vernommen, ob er über die

Sprecherung des Hg. Heilmann mit dem Minister etwas aussagen könne. Zeuge gibt an, Heilmann habe sich bei ihm über die

Nichtgenehmigung von Einfuhrkontingenzen Barmer's befragt und behauptet, der Grund dafür liege in der Tatsache, daß Barmer Sozialdemokrat und Jude sei.

Er, Zeuge, habe ihm das antworten wollen und auch zugesagt, sich um die Sache kümmern zu wollen; eingetauscht habe er natürlich nicht. Er habe dann dem Minister über das Gespräch

berichtet; der Minister habe erwidert, daß gegen Barmer Maßnahmen vorlägen, vor deren Erledigung Einfuhrkontingenzen nicht erteilt werden würden.

Generaldirektor Raxel's befindet über den von Heilmann mitgeteilten Brief Stresemann's an den Spril-Weber.

Der Zeuge befindet, daß der Inhalt des genannten Briefes ihm von Spril-Weber angegeben worden sei, den Brief selbst habe er nicht gesehen.

Heilmann erkläre hierzu, daß er den Zeugen zu verhandeln hätte, als ob er Webers Brief gesehen hätte.

In einer längeren Geschäftsverhandlung habe er am Schluß beantragt, Hg. Ruttner die Vernehmung der Wähler Barmer. Ein Beschluß wurde darüber noch nicht gefaßt.

Tagegen wurde der Antrag angenommen, den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner darüber zu befragen, ob er die Sozialdemokratische Partei bezüglich vor Barmer gewarnt habe.

Der Erzbischof von Paris gegen die Haltung der Kardinele. Der „Eve Nouvelle“ berichtet: Gestern hat in der Kathedrale Notre-Dame der Erzbischof von Paris, Mgr. Dubois, förmlich über die Haltung der Kardinele des

avouiert, die zum Bürgerkrieg aufjordesten. Sicheren Informationen zufolge soll der Erzbischof dies auf Dänigen und Katoien

des Vatikan's getan haben, der besonders die über von der hohen Geistlichkeit Frankreichs an die Republik gerichtete Forderung überwaht gewesen ist.

Nach dem „Echo de Paris“ soll Dubois in seiner Predigt erklärt haben: Die Kundgebung der Bischöfe ist kein politischer Akt; denn wir machen keine Politik.

Die Kirche steht über den und außerhalb der Parteien. Die Erklärung der Bischöfe ist eine einfache Katholizitätskunde. Sie ist eine These dogmatischer und moralischer Theologie.

Das, was die Bischöfe geschrieben haben, ist außerhalb des Wissens des Heiligen Vaters geschrieben. Der apostolische Kanon hat von der Kundgebung nicht gewußt.

Der Kurdenaufstand. Nach einer Meldung der Agence d'Anatolie sind mehrere Dörfer in der Umgebung von Diarbekir, die von

Kurden besetzt worden waren, wieder eingenommen worden. Die Kurden, die in der Gegend von Felo zum Angriff gegen die türkischen Truppen, die unter dem Befehl eines gewissen Scheich Sherif stehen, eingegriffen sind, haben ihren Vormarsch angehalten.

Nach Überschreitung des Flusses Peri sind von ihnen mehrere Dörfer eingenommen und den Kurden überlassen worden.

London, 16. März. Neues meldet aus Konstantinopel: Der Kommissar des Innern erklärte in einem Interview, die Operationen zur Unterdrückung des Aufstandes der Kurden würden möglicherweise zwei bis drei Monate beanspruchen.

Die Kurden scheinen zu behaupten, die Angriffe der türkischen Truppen in ihren Stützpunkten im Gebirge abzuwarten. Die Nationalversammlung bewilligte weitere 10 Millionen Pfund zur Unterdrückung des Aufstandes.

Hungerkrie in Fuhlsbüttel. Wie die „Hamburger Volkszeitung“ meldet, sind am Sonntag in der Straßensal Fuhlsbüttel 75 Kommunisten, die dort

Strafen verbüßen, zum Protest gegen die verhängte Urteilsbesetzung in den Hungerkrie getreten.

Kleine Auslandsnachrichten. Zwischen Vertretern der Metallindustriellen und den sächsischen Gewerkschaften der Bombardier ist unter dem

Beitrag des Sekretärs der sächsischen Partei (Farnocci) ein Abkommen getroffen worden, wonach der Abbruch des Metallarbeiterstreiks in der Bombardier und die Unterzeichnung der Streikproklamation in den anderen Provinzen angeordnet wird.

London, 16. März. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ meldet: Der Sekretär der extremen Arbeiterbewegung, Politik sei am Sonntagabend von einer aus acht Mann bestehenden Bande, vermutlich sächsischen Faschisten, auf der Waise nach Liverpool

gewaltsam aus dem Eisenbahnwagen geworfen, auf einem Kraftwagen entführt und 24 Stunden lang gefangen gehalten worden, sodas es ihm unmöglich war, an einer in Liverpool veranstalteten Kundgebung teilzunehmen.

Bom Landtage. Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages hat folgende Anträge eingebracht:

1. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Mitglieder des Reichstages Schwarz-Rot-Gold überfallen und mißhandelt werden, ohne daß die Täthlichkeiten von der Justiz entsprechend geahndet werden.

2. Sind der Regierung diese Vorgänge bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um Angehörigen des Reichstages Schwarz-Rot-Gold den Schutz der Gesetz zu sichern?

Wegen den neuen Brandstiftungsgeboten bei Zittau. Sideremern Vernahmen nach beschließt die Kreisgesellschaft Sächsische Werke auf den im Süden von Zittau gelegenen sogenannten „Kaiserfeldern“ einen neuen Brandstiftungsgeboten zu eröffnen.

In einer Landtagsanfrage der Deutschen Volkspartei wird die Regierung um Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Ist der Regierung bekannt, daß es sich bei den Kaiserfeldern um ein unmittelbar an den bebauten Stadtbereich sich anschließendes, tiefes Baugelände handelt, sodas durch den geplanten Tagebau die baulichen Entwicklungsbedingungen der Stadt Zittau aufs schwerste gefährdet werden?

2. Ist die Regierung von der Wirtschaftlichkeit dieser Planung überzeugt?

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung. Reichsgesetzblatt. Die am 14. März ausgegebene Nr. 8 Teil I, enthält: Zweites Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten; Weg über die Volks-, Berufs- und Betriebsräte; Weg über die Vorkontingentsgeschäfte in öffentlichen und öffentlichen Zahlungsanstalten, sowie Weg über das Reichsgesetzblatt.

Dresden. Die wichtigsten Verkehrsgebote für den Fußgänger. 1. Der Fußgänger gehört auf den Fußweg. 2. Vor Herunterfahren vom Fußweg und vor Überschreiten der Straße sich durch einen Blick

nach rechts und links stets erst vergewissern, ob die Straße frei ist.

3. Die Straße so rasch als möglich und im rechten Winkel, niemals schräg und, soweit bereits weiße Schutzlinien angebracht sind, in-erhalb dieser Linien zu überqueren.

Wer von Kindern begleitet ist, hat die Pflicht, auf diese besonders zu achten und sie beim Überqueren der Straße an der Hand zu führen.

4. Truppweises Zusammengehen auf den Fußsteigen in der inneren Stadt vermeiden. Sonst sind andere Vorsichtsmaßnahmen, auf die Straße herunterzutreten und kommen dadurch möglicherweise in Gefahr.

5. Die Straßenbahn stets nur auf dem Fußsteige oder der sogenannten Verkehrsinsel, niemals auf der Fahrbahn, erwarten.

6. Nach Absteigen von der Straßenbahn nicht sofort hinter dem noch haltenden Straßenbahnzuge die Straße queren, sondern die Straßenbahn erst vorbeifahren lassen.

* Verein Jugendwohl. Eine Auszeichnung der ausübenden Lehrlinge nehmen Industrie, Gewerbe und Handel seit Jahren durch Verteilung von Jubiläumsgeldern in Form von Bäckern, Werkzeugen oder Geld für die besten Lehrlinge vor. Für eine neue Form der Auszeichnung hat der Verein Jugendwohl e. V. Dresden in den Kreisen der Industrie gewonnen und dabei auch bei einigen Firmen, wie Sachsenwerk e. V., Koberstein, Cemens u. d. V., Dresden, bereits Erfolge gehabt und dadurch die Interessen des jungen Facharbeiter-Nachwuchses und der Industrie wahr-

genommen. Für die Auszeichnung der Auszubildenden, für die Verfeiner der besten Lehrlinge, empfiehlt der Verein Jugendwohl allen fortschrittlichen Kreisen von Industrie, Gewerbe und Handel die Gewährung eines 10-14tägigen Ferienurlaubes mit Ferienstadienfahrt, und zwar 1. in das Rheinisch-westfälische Industriegebiet (Kosten 70 M.) oder 2. nach Thüringen und das sachsenländische Industriegebiet (Kosten 60 M.). Diese Ferienstadienfahrten sollen in der Zeit vom 11. Juli bis 15. August zur Durchführung kommen. Verschiedene Industrie-Unternehmungen haben bereits die Unterstützung der Studienfahrten zugesichert und ihre Betriebe zur Beschäftigung für die Ferienzeit nehmter freigegeben. Weitere Verhandlungen mit einer großen Zahl Industriewerke in den Reisegebieten stehen vor dem Abschluss. Fleißigen, vorwärtsstrebenden, jungen Facharbeitern werden die Studienfahrten großen Nutzen bieten. Rechtzeitige Vormerkung zur Teilnahme an den Studienfahrten ist zu empfehlen. Die gemeldeten Teilnehmer sollen bereits einige Wochen vor der Fahrt an den Reisegebieten in die Reisegebiete eingeführt werden, wozu besondere Einladung ergehen wird. Anmeldungen nimmt der Vorsitzende des Vereins Jugendwohl, Oberlehrer Kurt Bierweg, Dresden-N., Zeitmeister Str. 4, entgegen. (Fernruf 30961.)

ebenfalls nach Wert an die Beteiligung des land- und forstwirtschaftlichen Bauwesens gelegt. Bei der großzügigen Anlage dieser allgemeinen Übersicht über die Landwirtschaft und ihre verwandten Zweige darf kein Industriezweig von Bedeutung um seine Firma von Verlegenheiten. Auch dürfte sich empfehlen, sich wegen der Verkaufs- und Ausstellungsmöglichkeit mit der Ausstellungslösung - Landeskulturtag Sachsen, Dresden-N., Sidonienstraße 14, II. - in Verbindung zu setzen, da der Anmeldebetermin bestimmt im April geschlossen wird.

* Saugen. Die Stadterordneten beschließen sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Streit der Eisenbahner. Ein Antrag der Kommunisten, allen Streikenden während der Dauer des Streiks aus dem Mitteln der Stadt Lebensmittel, Feuerung und Bekleidung zur Verfügung zu stellen, um die um ihre Erhaltung zurecht zu arbeiten, Schichten zu unterziehen, wurde abgelehnt, dagegen ein sozialdemokratischer Antrag, den streikenden Eisenbahnern auf Antrag Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu gewähren, angenommen. Gegen ein deutschnationales Antrag, bedürftigen Streikenden sächsische Unterstützung zu gewähren. Bei Beratung dieser Vorlage kam es zu großen Vorkäufen, in denen wiederholt Ordnungswidrigkeiten festgestellt wurden.

* Dolma. Aus Anlaß des Soldatentages legte die Stadt Dolma je einen Kranz an ihren beiden Denkmälern für die Gefallenen hin. Bei dieser Gelegenheit wurde durch Bürgermeister Vortzberger auf die Bedeutung des Tages hingewiesen und in herzlichen Worten der Tag des Vaterlandes und der Hinterbliebenen gedacht. Anschließend an den Kränznag wurden noch von privater Seite und Vereinen Kränze am Ehrenmal neben der Kirche niedergelegt.

Praktische Vorschläge zur Lösung des Wohnungsproblems.

Der Landesverband Sachsen im Bund Deutscher Mietervereine, e. V., veranstaltete in Dresden einen Vortragabend für einen geschlossenen Kreis, in dem Oberregierungsrat Hoppe vom sächsischen Landeswohnungsamt über die Finanzierung des Wohnungswesens und die Wohnungswirtschaft der Zukunft sprach. Unter Hinweis auf die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen des Wohnungsausschusses Reichstages betonte der Redner, daß wir in der Wohnungswirtschaft vor einem entscheidenden Wendepunkt stehen. Es handle sich darum, die Wohnungswirtschaft in einen einträglichen Zustand überzuführen und dabei zu einer planmäßigen Wirtschaft zu kommen. In England habe man klar und deutlich erkannt, was notwendig ist, ein Wohnungswirtschaftsprogramm auf 15 Jahre aufzustellen und zu dessen Durchführung große Mittel bewilligt. Dabei sind in England die Wohnungsverhältnisse bei weitem nicht so schlimm wie bei uns. Inland bietet ein Beispiel dafür, wie ein politisches und wirtschafliches Volk ein derartiges Problem in großzügiger Weise anzufassen hat. In Deutschland erlebe man so ziemlich das Gegenteil von dem, bei uns stolpere man auf einer Planlosigkeit in die andere. Aus den bisherigen Verhandlungen des Wohnungsausschusses des Reichstages hat Hoppe, der hier selbst beirathet hat, den Eindruck gewonnen, daß man sich hart der Bedeutung der Frage gar nicht so bewußt ist, wie man es erwarten sollte. Im Ausschuss spricht die Kommissar in der reinen Wirtschaft eine außerordentlich große Rolle.

Hoppe macht den Vorschlag, an der Aufwertungssteuer für den Wohnungsbau nichts zu ändern, aber darauf zu bestehen, daß diese auf 20 Prozent erhöht wird, wenn auch erst von 1926 an. In diesem Jahre würden 15 Prozent genügen. Mit den 20 Prozent Aufwertungssteuer für Wohnungswerte würde man dann in etwa zehn Jahren die Wohnungsnot beheben können. Der allgemeine Finanzvergleich ist aber auf die Befreiung des reinen Bodenwertes zu verweisen. Diese Steuer müßte etwa 2 bis 3 Prozent des Bodenwertes betragen und vom Ertrage ein Drittel dem Staate und zwei Drittel den Gemeinden, denen auch noch ein Aufbaurecht einzuräumen wäre, ausüben, so daß diese Steuer das Rückgrat der öffentlichen Finanzen bilden würde. Von dieser Steuer hätte man sich auch günstige bodenpolitische Wirkungen zu versprechen, insofern eine Verbilligung des Bodens erzielt werden würde. Neu entstehende Grundrenten müßten mit einem erheblich höheren Betrag zur Steuer herangezogen werden. Auf diese Weise würden vor den Boden in die öffentliche Hand bringen. Von der Entscheidung, wie der Finanzvergleich zustande kommt, hängt die Höhe der Mittel für den Wohnungsbau ab.

Die Frage der zukünftigen Mietzinsbildung.

Im zweiten Teile seiner Ausführungen behandelte Hoppe in ebenso interessanter Weise die Frage der zukünftigen Mietzinsbildung. Der Wohnungsausschuss des Reichstages habe, ohne selbst Vorschläge dafür zu machen, in seiner letzten Sitzung das Ersuchen an die Reichsregierung beschlossen, eine Gesetzesvorlage bis zum 30. April einzubringen. Es habe sich aber anscheinend im Ausschuss der Gedanke durchgesetzt, den Hausbesitzer in der Vergütung seines Eigentums genau so zu behandeln wie den Hypothekengläubiger. Diese Lösung würde dem Grundbesitzer der Günstigkeit und Gerechtigkeit entsprechen und habe bereits in der Änderung der dritten Steuerreform Vorarbeiten gefunden. Darüber hinaus habe der Hausbesitzer weiter keine Ansprüche, er müsse aber noch für seine Verwaltungskosten eine Vergütung erhalten, da sich die Auffassung, daß es sich um eine reine Vermögensverwaltung handle, nicht länger rechtfertigen lasse. Diese Sache müßte aber einheitlich für das ganze Reich geregelt werden. Dabei sollte man diesen Prozentlagen der Miete auch nicht so knapp bemessen. Alles übrige müßte der Hauseigentümer aber unbedingt zur Instandhaltung des Grundstücks verwenden. Auf diese Weise würde eine starke Vereinfachung des ganzen Verfahrens erzielt. Als Garantie dafür, daß die Mieten wirklich demgemäß verwendet werden, sei die Bestimmung notwendig: Handel ein Grundbesitzer wiederholt dem entgegen, so wird ihm die Verwaltung entzogen und diese der Mietervertretung übertragen.

Es müßte eine Durchsichtspflicht eingeführt werden in dem Sinne, daß der Hausbesitzer auch zu führen und die Belege über die Ausgaben anzulegen hat. Beides hat er im Verbauchfalle, daß er seine Pflichten verlegt, dem Wohnungsamte vorzulegen. So würde der fortwährend handhabende Hausbesitzer befreit, der in der Regel handhabende sich aber eine Kontrolle gefallen lassen müssen. Wir würden so die Mietzinsbildung auf eine einfache Linie und unter ganz neuen Gesichtspunkten bringen.

Bei der Mietzinsbildung und der Aufwertungssteuer sind auch folgende soziale Gesichtspunkte zu beachten: Ein Arbeiterhaus mit vielen kleinen Wohnungen braucht viel mehr an laufenden Instandhaltungen und Betriebskosten als z. B. eine Dreifamilienvilla. Deshalb müssen die Arbeiterhäuser einen wesentlich größeren Betrag für Instandhaltung bekommen, während auf der anderen Seite die Instandhaltungsbeträge für Grundstücke mit großen Wohnungen, die bloß zu einer ungerechtfertigten Miete für den Hausbesitzer führen, entsprechend herabzusetzen sind. Man müßte also zu einer Differenzierung kommen. Eine Miete von 60 Prozent ist für ein reines Arbeiterwohnhaus noch nicht ausreichend, dagegen kommt der Besitzer eines Dreifamilienhauses mit weniger aus. Der Ausgleich muß aber bei der Aufwertungssteuer erfolgen. Alle Grundstücke würden mit ungefähr 70 Prozent der Friedensmiete zu belasten sein. Auf diese Weise würde eine bessere Instandhaltung der Häuser erreicht werden.

Bei den großen Instandhaltungen, für die auch eine Entschädigung in der Miete gefordert werde, ist zu berücksichtigen, daß diese früher auch nicht aus den laufenden Mieten bestritten wurden. Hierzu müßten Hypotheken aus der allgemeinen Aufwertungssteuer aufgenommen werden.

Der Vortragende schloß seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Hinweis, daß seine Vorschläge im Interesse der Volksgesundheit und einer guten Ordnung der Wohnungswirtschaft gemacht seien.

Die Vorschläge, für deren Annahme sich die Mieterorganisation mit allen Kräften einsetzen wird, werden bei den bevorstehenden Verhandlungen der zuständigen Stellen voraussichtlich eine bedeutende Rolle spielen.

Aus Sachsen.

Die erste Landwirtschaftliche Landesausstellung in Sachsen.

Die vom Landeskulturtag Sachsen in der Zeit vom 4. bis 7. September d. J. in Dresden abgehaltene vornehmlich landwirtschaftliche Landesausstellung Sachsen darf nach den bis jetzt schon vorliegenden Anmeldungen als außerordentlich wichtig nicht nur für die sächsische, sondern auch für die gesamte reichsdeutsche Landwirtschaft angesehen werden. Bis heute sind schon mehr über 1000 Zuschriften eingelaufen. Es wurde bereits in der Tagespresse darauf aufmerksam gemacht, daß mit dieser Ausstellung eine Reihe von anderen Veranstaltungen, wie Meil und Jagerturniere usw., verbunden sein werden. Vor allem aber dürfte die gesamte Industrie, soweit sie mit der Landwirtschaft in irgendwelche Zusammenhänge hat, beteiligt sein. Hier im besonderen liegt ihre Erzeugnisse vorzuführen. Immer deutlicher wird das Bestreben der Industrie, sich nach dem Zusammenbruch des Krieges den Inlandmarkt neu neu zu erobern. Bei der vorwiegend sehr reichlichen Beschäftigung dieser Ausstellung kann gerade die Industrie allen hier zusammenströmenden Landwirten ein Bild ihrer Qualitätsleistungen geben. Land- und forstwirtschaftlicher Maschinen- und Geräteeisenbau, chemische Industrie, Sägen- und Pflanzen-schutzmittel, Futtermittel, Möllerei- und Milchprodukte, Obst-, Wein-, Frucht- und Getreidefabrikate, Spirituosen, Teig- und Backwaren, Gewürze, Leber-, Fleisch- und Fleischwaren, ferner alle Maschinen und Geräte, sowie Fabrikate und Produkte des Industrie- und Handlungsgewerbes, ferner des Handwerkes finden Ausstellungsplätze.

Ämtliche Devisenkurse.

Table with columns for currency types (e.g., Amerikanische Dollar, Englische Pfund) and exchange rates. Includes a sub-table for 'Kontingente in Stück' with columns for '1924' and '1925'.

119 Schreibmaschinen Rackow's

Handels- u. Sprachsch. Altm 15. Inh. Rich. Rackow und Dr. Fr. Rackow. Stenotyp- u. Handelskurse. Fortbildungspflichtige Knaben u. Mädchen sind von der Pflichtschule frei. Sonderkurse f. Damen u. Herren m. höh. Schulbildung. Auskunft u. Prospekt frei. Fernsprecher 17 137.

Tagelager.

Dienstag, 17. März. Stadttheater. Opernhaus. 13. Vorstellung für die Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen. (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Reitwoch (Anrechtsteller des Hoffmanns Erzählungen). (D. S. Nr. 7.06 - 430. - S. S. Nr. 1. Kr. 1811-1820 u. 2071 bis 2080.) Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Aus dem Reformrealgymnasium mit Realschule zu Radberg in Dresden die Straße eines

Aushilfslehrers

zu befragen. Bewerber müssen die Reifeprüfung in der Geschichte, im Deutschen und in der Mathematik bestanden haben. Beförderung erfolgt nach den sonstigen Sätzen. Ortsklasse C.

Bewerbungen mit Zeugnisabschriften bis zum 21. März 1925 erbeten.

Stadttrat Radberg, am 18. März 1925.

Aus dem Realgymnasium mit Realschule in Chemnitz die Straße eines

wissenschaftliche Lehrersstelle

mit der Befähigung für Erdkunde, I. Stufe, Deutsch und Mathematik, 2. Stufe, und für Turnen oder für einen Fachlehrer für Turnen zu befragen. Bewerbungen werden umgehend erbeten. 6451

Stadttrat Chemnitz, am 18. März 1925.

Aus dem Realgymnasium mit Realschule in Chemnitz die Straße eines

Beautenauwärters

in Stadt- od. Gemeindeviertel, evtl. zunächst als Solonitär ohne Bezahlung. Zu erfragen evtl. an die Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung u. S. S. 6453

Familiennachrichten

Unser lieber Vater, Großvater und Urgroßvater, der Handelsschuldirektor I. R. Herr August Rackow ist im Alter von 82 Jahren in Großlichterfelde gestorben. Um stille Teilnahme bittet Familie Rackow. 6452

Beitrag: Dr. Alfred Anders, Kaufmann in

Polzdam, mit Fr. Betty Gieckhammer in Ehe verheiratet; Dr. Rechtsanwalt Dr. jur. Johannes Wapler mit Fr. Gertrude Wapler in Ehe verheiratet. - Dresden: Dr. Friedrich Meißner Otto Hans (47 J.) in Dresden; Dr. Max Bräde (59 J.) in Dresden; Dr. Axel Stein in Dresden; Dr. Hermann Richter, Utenhändler (64 J.), in Weißer Hirsch; Dr. Fritz Schrader (28 J.) in Dresden; Frau Josef Köhler geb. Zuhmeister (31 J.) in Dresden; Frau Elisabeth Conrad geb. Wöhrmann

(42 J.) in Dresden; Dr. Ernst Böhmert, Rassenbote (74 J.) in Dresden; Dr. Dr. med. Alfred Hiltensfeld in Leipzig.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalausgabe ist Quellenangabe Verbindlich. Für den ungenügend verantwortlichen Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Dr. Alie in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Amtlicher Teil.

Staatliche Prüfungen für Krankenpflegerinnen... am 12. März 1925.

Die Kreisbauernschaft.

Der Kommunikationweg Zehndorf-Thalheim... am 14. März 1925.

Die Kreisbauernschaft.

Nachdem von der freien Tischler- und Kleidermacher... am 7. März 1925.

Kreisbauernschaft Dresden.

Mit Genehmigung des Bezirksausschusses wird der zur Gemeinde... am 12. März 1925.

Die Amtsbauernschaft.

Die Ausführung von Erd- und Maurerarbeiten für den... am 1. April 1925.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft.

In das hiesige Handelsregister ist eingetragen worden: 1. auf Blatt 571, die Firma...

2. auf Blatt 728, die Firma... am 1. März 1925.

3. auf Blatt 786, die Firma... am 1. März 1925.

4. auf Blatt 824, die Firma... am 1. März 1925.

5. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

6. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

7. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

8. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

9. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

10. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

11. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

12. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

13. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

14. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

15. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

16. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

17. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

18. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

19. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

20. auf Blatt 834, die Firma... am 1. März 1925.

§ 5 des Gesellschaftsvertrages und durch den... am 13. März 1925.

7. Mai 1925, vormittags 9 Uhr... am 13. März 1925.

Das Grundstück ist nach dem... am 13. März 1925.

Es liegt in Freiberg, Straße... am 13. März 1925.

Die Einsicht der Mitteilungen... am 13. März 1925.

Rechte auf Verpfändung... am 13. März 1925.

Im Handelsregister ist eingetragen... am 13. März 1925.

1. am 3. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

2. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

3. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

4. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

5. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

6. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

7. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

8. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

9. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

10. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

11. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

12. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

13. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

14. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

15. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

16. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

17. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

18. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

19. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

20. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

21. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

22. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

23. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

24. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

25. am 13. März 1925 auf Blatt... am 13. März 1925.

Auf Blatt 268 des Handelsregisters... am 12. März 1925.

Über das Vermögen des... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Über das Vermögen des... am 10. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Über das Vermögen des... am 10. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Auf Blatt 488 des Handelsregisters... am 12. März 1925.

Auf Blatt 87 des Handelsregisters... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Auf Blatt 87 des Handelsregisters... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 12. März 1925.

wenn der Gläubiger widerspricht... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister... am 9. März 1925.

Das im Grundbuche für... am 9. März 1925.

